

Kommentar

Ermöglichen, nicht verhindern

Von Raphael Suter



Wie, durch wen und wie stark soll der öffentliche Raum genutzt werden? Darüber berät morgen der Grosse Rat, wenn das durch die

Realität überholte Allmendgesetz von 1927 durch ein zeitgemässes Gesetz über die Nutzung des öffentlichen Raums ersetzt werden soll. Dass es Rahmenbedingungen braucht, wie der öffentliche Raum genutzt werden kann, damit auch mitunter gegensätzliche Interessen von Veranstaltern und Anwohnern berücksichtigt werden, ist unbestritten. Der Zankapfel ist hingegen die Einführung des speziellen Nutzungsplans, für den die Regierung zuständig sein will. Das sieht jedoch die Bau- und Raumplanungskommission anders und möchte die Zuständigkeit für den Erlass von speziellen Nutzungsplänen dem Grossen Rat zuweisen. Sie will damit eine öffentliche politische Diskussion über dieses umstrittene Thema. Was auf den ersten Blick logisch erscheint, entpuppt sich allerdings beim genaueren Hinsehen als Bumerang. Denn wenn diese Nutzungspläne durch den Grossen Rat definiert und damit auf Gesetzesstufe erhoben werden, kann gegen jede unliebsame Veranstaltung das Referendum ergriffen werden. Ein Jugendkulturfestival auf dem Barfüsserplatz oder ein Orange Cinema auf dem Münsterplatz könnte so verhindert werden. Dies nicht zuletzt

Die Regierung muss beweisen, dass sie das Bewilligungswesen vereinfachen will.

durch Kreise, die von möglichen Störungen gar nicht betroffen sind. Auf der anderen Seite kann der Regierungsrat durch einen Erlass neue Veranstaltungen einfacher und schneller bewilligen. Ständig werden innovative Eventformen entwickelt, die sich nicht mit alteingesessenen Anlässen vergleichen lassen. Allerdings ist aus den Reihen der Kulturveranstalter ein Unbehagen gegenüber der Regierung zu spüren. Diese ist nämlich bislang den Beweis schuldig geblieben, dass sie das Bewilligungswesen in Basel wirklich vereinfachen will. Selbst etablierte Veranstalter sehen sich ständig mit neuen Vorschriften und Einschränkungen konfrontiert. Die vom Regierungsrat eingesetzte departementsübergreifende Kommission für Veranstaltungen auf öffentlichem Grund darf sich nicht als Paragrafenreiter und Verhinderer verstehen, sondern muss Dienstleister und Ermöglicher sein. Diese Haltung hat sich in der Kommission noch nicht durchgesetzt. Wenn nun das Parlament der Regierung die Verantwortung für den Erlass der speziellen Nutzungspläne zugestehen soll, dann muss diese das Vertrauen auch rechtfertigen. Indem sie nicht nur die Rahmenbedingungen für eine lebendige Stadt definiert, sondern die Verwaltung klar anweist, deren Umsetzung aktiv zu fördern.

raphael.suter@baz.ch Seite 3

Die Verantwortung soll gemeinsam getragen werden

Bundesrätin Sommaruga spricht in Rom Migrationsprobleme an

Von Roman Arens, Rom

Die Schweiz möchte Einfluss auf die Taskforce der EU zu Migrationsproblemen nehmen. Dass sie dabei von Italien unterstützt wird, berichtete Bundesrätin Simonetta Sommaruga im Anschluss an ihr gestriges Treffen mit Innenminister und Vizepremier Angelino Alfano. Sommaruga war nach Rom gekommen, um ein neues Polizeiabkommen zu unterzeichnen, auf dessen Grundlage beispielsweise die organisierte Kriminalität mit grenzüberschreitender Observation und gemeinsamen Patrouillen besser bekämpft werden kann.

Alle Fragen der stark zunehmenden Migration könnten «nur auf europäischer Ebene» gelöst werden, meinte Simonetta Sommaruga. Sie betonte die gemeinsame Verantwortung der Schengen-Staaten und forderte, dass Europa «ein solidarischer Raum bleibt». Die Schweiz habe sich in der Vergangenheit immer wieder an Massnahmen von Frontex, der zur Überwachung der EU-Aussengrenzen gebildeten Agentur, beteiligt und werde dies auch in Zukunft so halten.

Mehr als die nördlichen Nachbarn

Wie bei ihrem vorausgegangenen Besuch in Griechenland hat die Bundesrätin auch in Italien ein Unbehagen über die Abkommen von Dublin registriert, wonach Flüchtlinge in dem Land Asyl beantragen können, in dem sie zuerst europäischen Boden betreten, und auch in dieses Land zurückgeschickt werden können. Aufgrund dieser Abkommen entstünden «aus geografischen Gründen unterschiedliche Betroffenheiten», das heisst, dass die südeuropäischen Länder des Mittelmeerraums sehr viel mehr Migranten aufnehmen und versorgen müssen als ihre nördlichen Nachbarn. Simonetta Sommaruga rief dazu auf, sich nicht der Diskussion über die Dublin-Abkommen zu verschliessen, weil diese sonst in der Praxis ausgehöhlt werden könnten.

Wenn der Appell der Bundesrätin zur gemeinsamen Verantwortung als ein Aufruf zu einer neuen Lastenverteilung verstanden werden kann, würde dies bedeuten, vielen Flüchtlingen die Weiterreise in andere Länder zu ermöglichen. Ihr Amtskollege Alfano bestätigte, dass die italienische Regierung si-



Mission «Sicheres Meer». Neue Unglücke wie die vor Lampedusa sollen verhindert werden, so Italiens Regierungschef Enrico Letta. Foto Keystone

cherstellen will, dass niemand bestraft wird, der Menschen in Seenot hilft. In der Vergangenheit war immer mal wieder ruchbar geworden, dass Fischer entgegen dem herrschenden Seerecht sich um Rettungsaktionen gedrückt haben, um nicht wegen Förderung der illegalen Einwanderung belangt zu werden. Itali-

en hat mit der Mission «mare sicuro» (Sicheres Meer) die stärkere Überwachung im Mittelmeer aufgenommen. Letzte Details legte Regierungschef Enrico Letta gestern Abend fest. Italiens Marine hatte signalisiert, auf den Einsatz vorbereitet zu sein, der neue Unglücke vor Lampedusa verhindern soll.

Hilfsgelder als Gegengeschäft

Einwanderung reduzieren

Von Beni Gafner, Bern

Die Höhe der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit sind im Parlament Anlass für politische Gegengeschäfte. Der Streit über die Höhe von Hilfsgeldern entspinnt sich jeweils im Voraus, also beim Budget. Dies zeigt der letzte, spektakuläre Parlamentsentscheid im Bereich Entwicklungshilfe, der in der Frühjahrsession 2011 erfolgte. Nach dem Ständerat sagte auch eine Mitte-links-Mehrheit im Nationalrat Ja zur Aufstockung der öffentlichen Entwicklungshilfe um 640 Millionen Franken in den Jahren 2011 und 2012. Der Anteil der Schweizer Entwicklungshilfe wurde so linear auf 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens erhöht. Damit erkaufte sich die politische Mitte das Ja der Linken zur IWF-Finanzierung. Die Schweiz erhöhte ihren Beitrag zugunsten der Rückversicherung des Internationalen Währungsfonds von 2,5 auf 18 Milliarden Franken. Das Bekenntnis zu einer deutlich verstärkten Entwicklungshilfe entsprang also einem politischen Gegengeschäft.

Entwicklung vor Ort fördern

Inhaltlich sind die vier grossen Parteien klar positioniert. SVP und FDP fordern, die Entwicklungszusammenarbeit sei an den Abschluss von Rückübernahmeabkommen zu koppeln. Die SVP sieht das primäre Ziel bei der Entwicklungszusammenarbeit in der Eindämmung der Migration. Erste Partei war aber die FDP, die das Paradigma «Entwicklung vor Ort statt Zuwanderung» in der Schweiz einführt.

Auslöser für Vorstösse der damaligen FDP-Nationalräte Ernst Mühlemann (TG) und Luzi Stamm (AG) war der Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien. Die Idee, dass Entwicklungshilfe die Migration reduziere, wird im Bundeshaus ansonsten vor allem von der CVP vertreten. «Entwicklungszusammenarbeit ist auch Aussenwirtschaftspolitik und Migrationspolitik. Es ist besser, den Leuten vor Ort zu helfen, als über zunehmende Migrationszahlen zu jammern», sagt die CVP. Die SP sieht demgegenüber Entwicklungshilfe losgekoppelt von Migrationssteuerung. Es soll Benachteiligten uneigennützig geholfen werden, weil es der Schweiz sehr gut gehe. In einem Positionspapier dazu betont die SP die Entwicklungschancen, die mit Migration verbunden sind, und dass diese Chancen wachsen, wo Migration legal stattfinden könne.

«Realität ist: Nichts kann die Migration stoppen»

Europa muss sich an Tragödien wie die von Lampedusa gewöhnen, sagt der Soziologe Elisio Macamo

Von Dominique Burckhardt

**BaZ:** Herr Macamo, die Bilder von Hunderten Leichen, die vor der italienischen Insel Lampedusa aus dem Mittelmeer gefischt werden, lösen Betroffenheit aus. So könne es nicht weitergehen, lautet der Tenor in Europa und auch in der Schweiz. Gleichzeitig aber wollen wir nicht, dass noch mehr Flüchtlinge zu uns kommen. Wie erklären Sie diesen Widerspruch?



**Elisio Macamo:** Es beginnt schon damit, wie wir das Migrationsproblem benennen. Wenn wir sagen, Europa hat ein Problem mit Menschen, die hier nicht gewollt sind, dann erzählt diese Formulierung nur einen Teil der Geschichte. Wenn wir sagen, Europa hat ein Problem, weil es Länder in der Welt gibt, die es nicht schaffen, ihre eigenen Probleme zu lösen, benennen wir wieder nur einen Teil des Gesamten. Wenn wir aber sagen, die Migration ist ein strukturelles Problem, das Europa wie Afrika betrifft, dann könnten wir nach Lösungen für dieses Problem suchen.

Was heisst das konkret?

Ich denke an Dialog. Dabei dürfen Europa und Afrika aber nicht nur aus der Perspektive der eigenen Betroffenheit sprechen.

Kann Dialog die Migration bremsen?

Natürlich gibt es keine einfache Lösung für die Migration. Afrikaner werden weiter nach Europa kommen. Armut, politische Instabilität, Chancenlosigkeit sind noch immer da in Afrika und auch die Vorstellung, dass in Europa alles besser ist. Es ist nichts als menschlich, dass die Leute nach besseren Bedingungen streben.

Was können wir kurzfristig tun, um zu verhindern, dass sich Dramen wie vor Lampedusa wiederholen?

Man kann immer etwas tun, ob es auch Ergebnisse zeitigt, ist die andere Frage. Diese Tragödien, die wir jetzt sehen, haben viel mit Europas Einwanderungspolitik zu tun. Immer schärfere Abwehrmechanismen machen den Versuch, nach Europa zu kommen, nur noch gefährlicher. Afrikaner, die nach Europa wollen, passen sich der aktuellen Situation an. Wollen wir solche Flüchtlingsdramen kurzfristig verhindern, müssen wir die europäische Migrationspolitik überdenken. Man könnte sich etwa überlegen, gewisse Kontingente an Afrikanern geregelt aufzunehmen; viele der Armutsfüchtlinge wären zufrieden mit ein paar Monaten Arbeit in Spanien, Portugal, Frankreich, Italien. Hier gibt es Arbeit, bei der Ernte oder in Fabriken. Vielleicht könnten solch kurzzeitige Aufnahmen den Migrationsdruck mindern.

Was kann langfristig getan werden, damit weniger Afrikaner kommen?

Die afrikanischen Länder müssen ihre Probleme in den Griff bekommen. Aber das werden sie nicht alleine tun können, sie sind auf Hilfe angewiesen. Der grösste Teil der afrikanischen Migranten kommt übrigens gar nicht nach Europa. Die meisten Menschen suchen Zuflucht in Nachbarländern, in Afrika selbst. Südafrika hat viele Migranten, Nigeria, die Elfenbeinküste, Senegal. Die EU und auch die Schweiz könnten helfen, die Aufnahmefähigkeit dieser afrikanischen Länder und die Bedingungen für die Migranten dort zu verbessern. Auch damit könnte der Migrationsdruck auf Europa verringert werden.

Sie sind also der Meinung, dass Entwicklungszusammenarbeit die Emigration aus Afrika stoppen kann?

Realistisch gesehen kann nichts die Migration stoppen. Wir vermuten lediglich, dass bessere Lebensbedingungen die Menschen an der Emigration hindern, oder auch eine bessere politische Situation.

Für bessere Lebensbedingungen setzt sich die Entwicklungszusammenarbeit doch seit Jahrzehnten ein. Haben wir viel Geld für nichts ausgegeben?

Hohe Kosten verursachen derzeit vor allem die Polizeistaaten, die Europa aufbaut, um Migranten abzuwehren.

Was sagen Sie zu prominenten Stimmen auch aus Afrika selbst, die fordern, man solle mit Entwicklungshilfe aufhören, sie verbessere die Lage in den begünstig-

ten Ländern nicht und könne auch die Flucht vor der Armut nicht stoppen?

Die Frage lautet vielmehr, ob das, was man in der Vergangenheit getan hat, das Richtige war, ob die richtigen Probleme aufgegriffen wurden. Das Migrationsproblem zum Beispiel wurde lange vernachlässigt, auch aus innenpolitischen Gründen in Europa. Dass man immer betonte, dass das Migrationsproblem Europa und Nordamerika betrifft, dass all die armen Menschen dieser Welt nach Europa und in die USA wollen, das hat nie der realen Situation entsprochen.

Das ändert aber nichts daran, dass viele Menschen in Europa und gerade auch in der Schweiz genug haben von immer neuen Armutsfüchtlingen.

Da sind wir wieder am Anfang. Wir können das sagen – und ich gebe diesen Menschen recht: Warum sollen die Europäer so viel für Afrika tun? Aber wir werden immer wieder von der Realität eingeholt. Die Flüchtlinge werden immer zu kommen versuchen. Da können wir zusehen, mehr oder weniger betroffen. Wir können uns aber eben auch konstruktiv unterhalten und gucken, welche kleinen Schritte unternommen werden könnten. Tatsache aber bleibt: Wir werden Bilder wie die von Lampedusa noch oft sehen.

Elisio Macamo (48) ist Professor für Afrikastudien an der Universität Basel. Er stammt aus Moçambique und studierte in Maputo, London und Bayreuth.